

03.11.2006

/2006

Koalition/Verkehrspolitik

--

**Claudia Hämmerling**, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

## **Koalitionsvereinbarung ist verkehrspolitischer Blindflug**

Die von rot-rot vereinbarte Verkehrspolitik ist nicht zukunftsfähig. Keine Idee zur Stärkung des ÖPNV, zu Angebots- und Fahrpreisstabilität. Dafür weitere Investitionen in den Beton einer Autobahn, die beide Koalitionspartner vor der Wahl als nicht prioritär bzw. überflüssig eingestuft hatten. Dass die Gelder vom Bund kommen ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Anschlüsse und deren Instandhaltung zahlt Berlin. Es ist verantwortungslos, in den Straßenbau zu investieren, wenn man aus Geldnot die bestehende Infrastruktur verfallen lässt, wenn 139 S- und U-Bahnhöfe ohne Aufzüge sind und das Land vor der Aufgabe steht, die Feinstaub- und CO2-emissionen zu senken .

Der propagierte beabsichtigte Verzicht auf die U55 ist nichts Neues. Wenn er diesmal gelingen soll, muss Berlin dem Bund ein alternatives Erschließungsangebot für das Regierungsviertel machen, das dieser nicht ablehnen kann: Die Anbindung mit der S 21 in den bestehenden überdimensionierten Bahn-Tunnelröhren mit einer Duo-Bahn oder einem anderen adäquaten Schienenverkehrsmittel.

Die Bündnisgrünen fordern den künftigen Senat auf, sich den Herausforderungen einer modernen Verkehrspolitik mit mehr ÖPNV und Verkehrssicherheit und weniger Emissionen zu stellen:

Wir fordern eine effizientere BVG, damit die Fahrpreise erschwinglich bleiben.

Wir fordern zukunftsfähige Verkehrsinvestitionen in Aufzüge und in die Verlängerung des wirtschaftlichsten und umweltfreundlichsten Verkehrsmittels Straßenbahn. Wenn die Trassen nach Moabit und ins Märkische Viertel verlängert werden, werden die Einnahmen und die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn deutlich steigen. Das Straßenbahnnetz darf nicht reduziert, es muss erweitert werden.

Um die Schließung des Flughafens Tempelhof rechtssicher zu machen, fordern wir einen Planfeststellungsbeschluss.